

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dresdener Anzeiger  
Vertraut Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Verlagskonto: Dresden 1530  
Stroßstraße Nr. 52.

Nr. 179.

Freitag, 3. August 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1. bis 15. August 34000.— Mark einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag erfüllt, durch Abgabe der Zeitung oder durch den Auftraggeber in Konkurs gerät. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 1000.— Mark. Feste Tarife. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Mehl- und Brotpreise und Getreide- und Mehlbestandsaufnahme betr.

Für den Verkauf von Mehl und Brot sind infolge der weiteren erheblichen Erhöhung des Mehlpreises, der Arbeitslöhne und der sonstigen Betriebskosten in den Mühlen und Bäckereien für den Bezirk des Kommunalverbandes Großenhain einschl. der vergliederten Städte Großenhain und Riesa folgende Höchstpreise neu festgesetzt worden:

- A. für Mehl:
- a) im Großhandel für Weizenmehl 457 500 M. für 1 ds brutto im Pelsack frei Haus, für Roggenmehl 398 000 M.
  - b) im Kleinhandel für Weizenmehl 6000 M. für 1 kg, für Roggenmehl 5200 M. für 1 kg.

- B. für Brot:
- 1. für Roggenbrot 6300 M. für 1 kg, für Weizenbrot 9800 M. für 1 kg.
  - 2. für Roggenbrot 12 000 M. für 1900 gr, für Weizenbrot 4000 M. für 420 gr.

Diese Preise treten vom 6. August d. J. ab in Wirksamkeit. Sie dürfen, worauf besonders ausdrücklich hingewiesen wird, nur von diesem Tage ab gefordert werden. Ein früheres Abfordern dieser Preise zieht strafrechtliche Verfolgung nach sich.

Zwecks Nachprüfung der Richtigkeit der angegebenen Bestände sind zum 10. August d. J. nach Geschäftsschluss vorhandene Bestände erhalten alle Bäckereien einschl. der Mühlenbäckereien und Mehlhandlungen Aufforderung, über die am 5. August d. J. nach Geschäftsschluss vorhandenen Bestände an:

- 1. Roggen, 5. Weizenmehl 85% ig,
- 2. Weizen, 6. Gerstenmehl 75% ig,
- 3. Gerste, 7. Roggenbrot,
- 4. Roggenmehl 85% ig, 8. Weizenbrot

spätestens bis zum 10. August d. J. unter Benutzung der in ihrem Besitz befindlichen Vorbrüche Anzeige an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes zu ermitteln. Die Bestände sind aufs genaueste anzugeben. Lediglich schätzungsweise Angabe ist unzulässig.

Zwecks Nachprüfung der Richtigkeit der angegebenen Bestände sind weiter alle bis zum 5. August d. J. nach Geschäftsschluss vorliegenden Brotmarken (bis einschließlich Reihe 7 der laufenden Protokollreihen) sorgfältig zu zählen, in vorgeschriebener Weise zu bündeln und zu schütten und hierauf sofort und spätestens bis zum 10. August d. J. an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes einzuliefern. Auf im voraus belieferte Marken der Reihe 8 der laufenden Protokollreihen wird Mehl nicht zugewiesen (siehe Bekanntmachung vom 21. Februar 1923). Der Kommunalverband erwartet im Interesse einer geordneten Geschäftsführung strengste Einhaltung dieser Frist. Auf verspätet eingehende Marken kann Mehl ebenfalls nicht zugewiesen werden.

## Verliches und Sächsisches.

Riesa, den 3. August 1923.

— Ein Brot 12000 Mark. Wie der Kommunalverband in vorl. Nr. bekannt gibt, tritt ab Montag, den 6. August, abermals eine wesentliche Erhöhung der Mehl- und Brotpreise ein. Von dem genannten Tage ab kostet ein 1900 Gramm schweres Roggenbrot 12000 Mark.

— Protokoll der Vermögensgegenstände. Das Finanzamt Riesa schreibt uns: Die Erhebung der Abgabe erfolgt in der Weise, daß der Pflichtige die Abgabe selbst zu berechnen und unangefordert bis zum Fälligkeitstermin bei der für ihn zuständigen Finanzkasse zu zahlen hat. Er hat weder eine Steuererklärung abzugeben noch erhält er regelmäßig über die Höhe der Abgabe einen Bescheid. Grundsätzlich hat der Steuerpflichtige für die erste Teilabgabe das Befahren der Zwangsankleife zu entrichten. Mit der Zwangsankleibebefreiung noch nicht erlangt, so hat der Steuerpflichtige das Befahren des Betrages zu zahlen, der der Erklärung über die Zwangsankleibe entspricht. Will der Steuerpflichtige geltend machen, daß in dem zwangsankleibepflichtigen Vermögen abgabefreie Vermögensgegenstände enthalten sind und demgemäß die Teilabgabe geringer ist als das Befahren des Zwangsankleibebetrags, so hat er gleichzeitig mit der Zahlung dem Finanzamt Art und Umfang der abgabefreien Vermögensgegenstände nachzuweisen. Darüber, welche Vermögensgegenstände abgabefrei sind, gibt ein Merkblatt Auskunft, das bei der Finanzkasse Riesa zum Selbstkostenpreis von 600 Mark zu haben ist. Ausdrücklich wird darauf aufmerksam gemacht, daß eine Zahlungsfrist nicht gegeben ist, die sämtlichen Zahler also auch bereits im Monat August mit zwangsweiser Verleibung der bis zum 1. August zu zahlen gewesenen Abgabe rechnen müssen.

— Das „Moderne Theater“, Direktion Arthur Vork, bringt am Dienstag, den 7. August als nächste Vorstellung die dreistellige Operette „Ein Walzertraum“ von Oscar Strauß. Dieses Werk gehört zu den beliebtesten Operetten, die ihren Siegeszug über alle Bühnen gemacht. Hans Wandler zeichnet wieder für die Regie und hat dieses melodienreiche Werk mit reizenden Tänzen ausgestattet. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Welsch, Köhler, Mühl und der Herren Wandler, Klein, Troitz und Schreiber.

— Eine unbekannte Leiche ange-schwommen. Am Mittwoch, den 1. 8. 1923, nachm. in der 5. Stunde ist in der Nähe der Dampfheizkessel ein unbekannter weiblicher Leichnam in der Elbe angeschwommen. Personalien: 1,67 m groß, etwa 40 Jahre alt, vermutlich rotblondes Haar, Büsche unten vollständig, oben rechts lüdenhaft. Bekleidet war die Leiche mit blauem Kleid mit kleinem weißen Löffelknopf und Halskette, weiß mit rot gestreiftem Band, weißgestricktem Leibchen, welchem Unterrock mit Buchstaben G. M., schwarzwollenen Strümpfen, schwarzen Schuhen. Näheres in der Volkswache Riesa.

— Wegen Preisstreiterei verurteilt. Wegen die Güterbesitzerin Frau Ida Selma Schreiber geb. Keil in Riesa ist wegen Preisstreiterei mit Butter durch Strafbefehl vom 29. Mai 1923 rechtskräftig auf 100000 Mark Geldstrafe, falls innerhalb 10 Tage Gefängnis, erkannt worden. Der Uebererlös von 15300 Mark ist eingezogen.

— Ruhestandsbesitz. Am 1. August 1923 erhalten die in Wartegeld und im Ruhestand befindlichen sächsischen Staatsbeamten, Geistlichen (diese soweit sie im Staatsdienste angestellt waren) und Lehrer und ihre Hinterbliebenen abschlagsweise die bisher für den Monat Juli ausbezahlten Beträge, nachdem, abgemittelt, die

werden die Unterschiedsbeträge zwischen den Abschlagszahlungen und den tatsächlich zukünftigen Gehältern für Monat Juni überwiesen. Die in der zweiten Julihälfte eingetretene Erhöhung des Ausgleichsaufschlags von 237 auf 574 v. S. konnte bei dieser Zahlung noch nicht berücksichtigt werden. Da diese Erhöhungsbeträge und zugleich entsprechende Erhöhungsbeträge für den Monat August, sowie weiter in Angleichung an die Vorauszahlungen für die aktiven Beamten auch Gehältern für Monat September den Ruheständlern möglichst beschleunigt ausgefolgt werden sollen, sind weitere Abschlagszahlungen zunächst nicht zu vermeiden. Diese werden im zweiten Drittel des August in folgender Höhe überwiesen werden: 1. ein Abschlag auf die Erhöhung des Ausgleichsaufschlags von 237 auf 574 v. S. für die zweite Julihälfte in Höhe der am 15. Juli überwiesenen Abschlagszahlung, 2. ein Abschlag auf die Erhöhung des Ausgleichsaufschlags von 237 auf 574 v. S. auf den vollen Monat August in doppelter Höhe der am 15. Juli überwiesenen Abschlagszahlung, 3. ein Abschlag auf Monat September unter Zugrundelegung eines Ausgleichsaufschlags von 257 v. S. in Höhe der am 1. August überwiesenen Beträge. Der Nettobetrag auf Monat Juli wird später festgestellt und überwiesen werden. Zum Ausgleich hierfür und mit Rücksicht darauf, daß die Uebererlösungen erst im zweiten Drittel des August erfolgen können, ist die Erhöhung des Ausgleichsaufschlags von 237 auf 574 v. S. weitergehend als bei den Bezügen der aktiven Beamten, die den Erfüllungsbetrag von 237 v. S. auf 574 v. S. zunächst nur für die erste Augusthälfte erhalten, bereits für den vollen Monat August berücksichtigt werden.

— Der Protest der Tabakwarenhändler. Western waren zum Protest gegen das Tabakwarengesetz in ganz Deutschland die Tabakwarenhändler geschlossen, und auch alle anderen mit Tabakwaren Handelnden hatten zum Zeichen des Protestes den Verkauf eingestellt. In Riesa hatten sich die in Frage kommenden Geschäfte diesem Proteste einmütig angeschlossen. Auch in den Gastwirtschaften usw. wurden keine Tabakwaren abgegeben. Es wäre dem schwer um seine Existenz ringenden Stande von Verzug zu gedenken, wenn diese eigenartige Protestkundgebung bei den maßgebenden Stellen den gewünschten Erfolg hätte. Was besonders die ungerechtfertigte Nachversteuerung der Tabakwaren bei Preissteigerungen anlangt, so dürften die Händler die gesamte Öffentlichkeit auf ihrer Seite haben, wenn sie die sofortige Beseitigung dieser Bestimmung nachdrücklich fordern.

— Mit dem Mehl des Roggens ist in dieser Woche vielfach begonnen worden und, wenn die Witterung so gütlich bleibt wie bisher, wird die Veräuerung in der Ernte eingeleitet sein. In einzelnen Gegenden war auch schon vorige Woche die Sense in Tätigkeit gesetzt worden. Die ausgefallenen Kornpuppen geben Zeugnis von der begonnenen Erntezeit. Auch in der Gegend von Riesa, zwischen Meißen und Dresden sowie in der Mügeln-Obdager Gegend ist die Roggenernte bereits lebhaft im Gange.

— Der Grundlohn in der Krankenversicherung. Durch Verordnung des Reichsarbeitsministeriums ist der Höchstlohn des Grundlohnes mit Wirkung vom 6. August ab auf 240000 Mark festgesetzt worden.

— Das Verbot gegen die Ehrhardt-Defreier. Der Abschluß des Verfahrens gegen die Defreier und die Hauptverhandlung wird Anfang oder Mitte September in Leipzig stattfinden.

— Gegen die Arbeiterruhe am Verfassungstagen. Der Nationalverband Deutscher Berufsverbände hat

Zwischenhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden auf Grund von Abschnitt 9 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1923 bestraft.

Großenhain, den 3. August 1923. 1933 I. Der Kommunalverband.

Wegen des zur Zeit herrschenden Mangels an Zahlungsmitteln muß die auf Montag, den 6. August 1923 festgesetzte Ausgabe der Sozialrentenunterstützung um einige Tage verschoben werden. Der Tag der Ausgabe wird noch bekanntgegeben. Versicherungsamt Riesa, am 3. August 1923.

Mit Rücksicht auf die durch Geldknappheit und Geldentwertung enthaltene Arbeitsüberlastung, werden wir uns gezwungen, unsere Schalter für den öffentlichen Verkehr am Nachmittag bis auf weiteres zu schließen. Geschäftzeit nur 8 bis 12 Uhr vormittags. Ober- und Stroßstraße Gröba (Elbe).

## Bewertung der Natural- und Sachbezüge und der Deputate für den Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Auf Anordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen werden mit Wirkung vom 1. August 1923 ab die Werte

- a) für Verpflegung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung auf das Zweifunddreißigfache,
- b) der Deputate auf das Sechsfache

der in Nr. 56 der „Sächsischen Staatszeitung“ vom 7. März 1923 veröffentlichten Wertes, b. i. auf das Vierfache der vom 1. Juli 1923 ab geltenden Höhe, erhöht. Der Wert der Wohnung für Deputatempfänger in der Land- und Forstwirtschaft beträgt jedoch wie bisher auch in Zukunft 1200 M. für Unverheiratete und 2400 M. für Verheiratete. Die volle freie Station beträgt für die einzelnen Gruppen der Arbeitnehmer:

Gruppe	I	II	III
jährlich	11 520 000 M.	15 360 000 M.	19 200 000 M.
monatlich	960 000 M.	1 280 000 M.	1 600 000 M.

Die neuen Werte können auf Grund der in Nr. 56 der „Sächsischen Staatszeitung“ veröffentlichten Werte errechnet werden; sie werden auch von den Finanzämtern zum Ausdruck gebracht. Ueberdrucke, aus denen die Werte vom 1. März 1923 ersichtlich sind, können von den Finanzämtern gegen geringes Entgelt, soweit der Vorrat reicht, abgegeben werden.

Dresden, am 31. Juli 1923.

Das Landesfinanzamt, Abteilung für Volk- und Verkehrssteuern.

in einem Schreiben an die Reichsregierung dagegen protestiert, daß der 11. August als Verfassungsfeiertag mit Arbeitsruhe begeben werden soll. Die schwere wirtschaftliche Not erfordere eher eine Einschränkung der Zahl der Feiertage. Da sowohl der 15. August in vielen Teilen Deutschlands seit alters her als Feiertag von Maria Himmelfahrt begeben wird, würde die Arbeitsruhe am 11. August die Arbeiterschaft in noch größere wirtschaftliche Not bringen. Der 12. August ist ein Sonntag und könnte zur Verfassungsfeier ohne Schädigung der Arbeitnehmerkraft benutzt werden.

— Kirchliche Verfassungsfeiern. Das evangel.-luth. Landeskonfistorium in Dresden erläßt loeber folgende Verordnung, in welcher es heißt: „Der Reichstag ist auseinandergegangen, ohne das Gesetz über die Feiertage zu verabschieden. Die Reichsregierung hat den lebhaftesten Wunsch, den Verfassungstag (wenn in diesem Jahre allgem. festlich zu begehen. Sie geht davon aus, daß die nach einer verfassungsfreien Uebergangszeit in schwerer Gemeinschaft entstandene Verfassung die Grundlage für die staatliche Ordnung und den Wiederaufbau Deutschlands bildet. Es liegt nun der Reichsregierung daran, daß ihrem Aufruf, den 11. August festlich zu begehen, auch die Kirche nicht verschließen.“ Im Anschluß an die Bitte der Reichsregierung verordnet nun das Landeskonfistorium, daß am 11. August vorm. 9 Uhr in allen evangel.-luth. Kirchen des Landes die Glocken geläutet werden und Gottesdienste im Laufe des Tages tunlichst in allen Kirchspielen stattfinden und daß zu diesen Gottesdiensten alle Stände und Kreise der Gemeinden, die Behörden, Verbände, Organisationen, Korporationen, Innungen und in den Garnisonsstädten die Reichswehr eingeladen werden sollen. Die an diesem Tage gesammelte Kollekte soll den bedrängten Brüdern und Schwestern an Rhein und Ruhr zugute kommen. Die Reichsregierung bestimmt, daß den Reichsbeamten, soweit es die dienstlichen Verhältnisse irgendwie gestatten, der Besuch der kirchlichen Feiern ermöglicht werden soll und die Reichsregierung hofft, daß die Länder sich diesem Vorhaben anschließen werden.

— Die Bettkartenpreise einschließlich Fahrpreiszuschlag betragen vom 15. August ds. J. ab in der 1., 2. und 3. Klasse 1200000 Mark, 600000 Mark und 240000 Mark. Hierzu tritt eine Vormerkgebühr von 10 Prozent.

— Das Mehlbeisetz für die Herbstmesse 1923. Der Preis des Leipziger Mehlbeisetz, das zum beliebigen häufigen Besuch sämtlicher Mehlhändler berechtigt, war vor einiger Zeit für den bis zum 11. August geltenden Vorverkauf auf 1/3, Friedensmarkt und für die spätere Zeit auf eine Friedensmarkt auf Dollarbasis festgelegt worden. Der Arbeitsausschuß und der Verwaltungsrat des Mehlamts haben neuerdings beschlossen, trotz der enormen Steigerung des Dollars das Mehlbeisetz bis zum 11. August noch zum Preise von 20000 Mark, also weit unter 1/3, Friedensmarkt, abzugeben. Nach dem 11. August wird jedoch der erhöhte Preis von 1 Friedensmarkt auf Dollarbasis gelten.

— Anfrage wegen des Goldankaufspreises. Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Dr. Kaiser und Dr. Schneider haben im Landtage folgende Anfrage an die Regierung eingebracht: Die Reichsbank will von jetzt ab ihren Goldankaufspreis nach dem Dollarkurs festsetzen, während sie bisher erheblich dahinter zurückblieb. Da der Goldankaufspreis der Reichsbank der sächsischen Gewerbetreibenden als Index zugrunde gelegt worden ist, wird voraussichtlich durch jene Maßnahme der Reichsbank eine erhebliche Erhöhung der Gewerbetreibenden und bereits für den Novembertermin eintreten. Eine solche Veranschlagung der

Gewerbetreibender liegt außerhalb der Absichten des Gesetzgebers und eine derartige Verschärfung der Steuerzahler muss gerade im Hinblick auf die gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse vermieden werden. Ist die Regierung bereit, durch eine Notverordnung eine weitere Erhöhung der Gewerbesteuer, die nur eine Folge der veränderten Inzidenzberechnung wäre, zu verhindern?

**Flüchtlingsfürsorge.** Dem Roten Kreuz stehen nicht nur für bedrängte Beamte, sondern jetzt auch für nichtamtliche Rhein- und Ruhrverdrängte Baumittel zur Verfügung. Dieselben dienen zur Inhabung von Wohnungen durch Um- und Ausbau und zur Abtrennung von Zimmern, hauptsächlich von möblierten. Anträge auf Bewilligung von Baumitteln zu obigem Zwecke sind an das sachliche Rote Kreuz, Abteilung Flüchtlingsfürsorge, Dresden-N., Caruststraße 18 zu richten.

**Draut i. Sa.** Unser Ort erhält ein neues großes Elektrizitätswerk. Die Beratungen mit der Ueberlandzentrale Gröba ergaben, daß der Anschluß eben so teuer wird, wie ein neues Werk, das sich die Gemeinde selbst schafft. Beim Anschluß an Gröba hätten überdies die jetzigen Leitungen und Motore durch neue ersetzt werden müssen. Der Ausschuß des Gemeinderates, der diese für Draut bedeutsame Frage behandelt, trat deshalb mit leistungsfähigen Firmen in Verbindung, und in einer Versammlung der Anhaber von Kraftmotoren wurde am Montag beschlossen, der Erbauung eines eigenen Werkes in Draut durch die Gemeinde näher zu treten. Da man um günstig kaufen zu können, sofort eine große Summe flüssig machen mußte, wandte man sich an die Girozentrale in Dresden, die jedoch wunderbarer Weise der Gemeinde den Kredit verweigerte. Nun hat die Kassaer Bank die Transaktion unter Distinktion von Wechseln übernommen und am Dienstag schon werden die großen Dieselmotoren in Chemnitz gekauft, nachdem alle Anwesenden sich bereit gefunden, Bürgschaft zu übernehmen und die Wechsel gegenzeichnet haben. Das Werk ist auf 350 Millionen Mark veranschlagt. (Dr. A.)

**Strehla.** Am 1. August beginnt Herr Stadtkämmerer Ebdam sein 40jähriges Amts- und Jubiläum. Von Seiten der städtischen Beamten wurde ihm unter erheblicher Anwesenheit ein Geschenk überreicht. Auch von anderer Seite wurden dem Jubilar Ehrungen zuteil.

**Raunhof b. D.** Einen guten Fang machte Herr Gustav Eberbach. Nicht weniger als 14 junge Hanfter, dazu einen der Alten, konnte er unter Mitwirkung seines getreuen Hofhundes auf seinem Aesfeld ausheben und unschädlich machen. Bedenkt man, was dieser gefährliche Wesel für sich braucht, so kann man wohl behaupten, daß sich die Beute lohnt.

**Dresden.** Ein größerer Termin richtete sich gegen die Verkäuferin Elia Emma Henriette Kronke, die als Kontoristin der Reichsfinanzverwaltung in ziemlichem Umfang Kleiderstücke usw. gestohlen und später als Angehörige der Einkaufsgenossenschaft der Konditorinnung weite recht raffinierte Unregelmäßigkeiten verübt hatte. Durch verschiedenartige Fälschungen verstand es die ungetreue Kontoristin, in einer Anzahl Fälle erhebliche Geldebträge ihrem Konto zu überweisen, um dann über die Gelder im eigenen Namen zu verfügen. Die zweite Ferienkammer des Landgerichts verurteilte die Kronke nach längerer Verhandlungsdauer zu 7 Monaten Gefängnis.

**Dresden u. a.** Den 11. August d. J. für dienstfrei zu erklären und eine Befreiungsfürer für Vertreter der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter im Besitze des Rathauses zu veranlassen, weiter zur Erhöhung der Sozialrentenunterstützungen insgesamt 1.000.000.000 Mark bereitzustellen; endlich erklärte man sich mit der Herstellung von städtischem Notgeld bis zu einem Betrage von 50 Millionen Mk. einverstanden. — Aus einer hiesigen Wollwarenfabrik wurden in der Nacht zum 1. August mittels Einbruchs grüne Tümpelstoffe und halbfertige Sachen im Werte von über 100 Millionen Mark, vermutlich von denselben Tätern aus einem Nachbargrundstücke eine große Menge schmutzige Wäsche und einige Wäscheleinen gestohlen. — Ferner wurden aus einer Niederlage in der Altenstraße am 25. zum 28. Juli mittels Einbruchs sechs Risten Selbe der Marke „Hainkopf“ von der Firma Kron in München im Werte von 20 Millionen Mark und 5 Risten Büchsenmilch im Werte von 25 Millionen Mark gestohlen. — Am Mittwoch ist Bürgermeister Dr. Wilhelm Kütz, der frühere Oberbürgermeister von Jittau, als zweiter Bürgermeister von Dresden und Stellvertreter des Oberbürgermeisters verpflichtet und in sein Amt eingeweiht worden. — Ein Wohltäter, der seinen Namen nicht genannt haben will, hat dem Oberbürgermeister 1 Milliarde Mk. für die Notgemeinschaft zur Verwendung für Sozialrentner, Kleinrentner und bedürftige alte Personen zur Verfügung gestellt.

**Jittau.** Im 89. Lebensjahre starb am Montag abend ein bekannter Bürger, der Privater Herrmann Fröhlich. Er war der älteste Jittauer Gärtner und Mitbegründer des Gärtnervereins, dessen Vorstand er längere Zeit angehört. Bis in die letzten Lebensjahre war der Verstorbenen überaus rüftig und noch im vorigen Jahre verrichtete er angelegentlich schwere Gartenarbeit. Vor 2 1/2 Jahren konnte er mit seiner heute noch lebenden Ehefrau die diamantene Hochzeit in voller Gesundheit feiern.

**Baugen.** Aus Eifersucht gerieten am Sonntag zwei Frauen und ein Fräulein auf dem Albertplatz untereinander in Streit. Die eine der Frauen hatte eine Flasche mit Schwefelsäure bei sich, mit welcher schließlich alle drei bestraft, ihre Kleider stark beschädigt und sie auch mehr oder weniger körperlich verletzt wurden, so daß eine in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

**Wegeln.** Ein mit zwei Herren und einer Dame besetztes Segel-Wellenboot kreuzte am Sonntag kurz vor Wegeln an einer windstillen Stelle und vermochte nicht aus dem Fahrbereich des herankommenden Dampfers „Leitmeritz“ zu kommen, der mehrmals Warnungssignale gab. Das Boot geriet unter den Radlaken des Dampfers. Glücklicherweise kamen die Insassen ohne nennenswerten Schaden davon. Die Dame vermochte sich an dem Radlaken des Dampfers festzuhalten, der eine Herr an dem umgekippten Boot, während der andere Herr erst hinter dem Dampfer wieder aus dem Wasser zum Vorschein kam. Alle drei wurden vom Land aus gerettet, ehe das Rettungsboot des Dampfers klargemacht war.

**Waldenburg.** Am 11. August findet anlässlich des 450jährigen Waidhausjubiläums eine Deimatsfahrt statt. Für diese sind die Festzettel im Entwurfsfertiggestellt und gelangen in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Dieselben sind ein Ereignis unserer heimischen Tonwarenindustrie in ähnlicher Ausprägung wie die Weiskner Vorjubiläumungen. Auf der Vorderseite zeigt die Münze das Rathaus mit der Umschrift „Deimatsfahrt Waldenburg“. Die Rückseite zeigt das Stadtwappen mit der Jahreszahl 1928. Die Münze stammt aus der Werkstatt der Tonwarenfabrik von C. Reinhard Ehrens in Altstadt-Waldenburg. Der heimatische Dichter Fritz Reich hat zu diesem Feste ein Festspiel „Die Steinstraße“ verfaßt, das durch Schiller des hiesigen Seminars auf dem Altan des Rathauses zur Aufführung kommen wird.

**Adorf.** Die im Süden der Amtshauptmannschaft Selsbitt gelegenen Gemeinden Dambach und Dohndorf planen zur Verbilligung der Verwaltungskosten einen Zusammenschluß. — Die Grundbesitzer nahen 10 Personen aus Leipzig und Wahren fest und beschlagnahmte Schmugglerwaren im Werte von 7 Millionen Mk.

**Altenberg.** Die Arbeiten an der neuen 5 1/2 Kilometer langen Bahnhofs-Gelände-Altenberg werden mit

## Heutiger Dollarkurs (amtlich): 110270 Mk.

Fernsprechmeldung, ohne Gewähr.

**Sachdruck betriebl.** Insofern sich die Eröffnung der neuen Bahnhofs im Spätherbst ermöglichen lassen dürfte. Wegen der gewaltigen Feuerung können nur weniger kostspielige Dampfmaschinen errichtet werden.

**Chemnitz.** Zu Lebensmittelunruhen kam es hier kürzlich vor verschiedenen Margarinefabriken. Schon seit Tagen gibt es keine Margarine, obwohl von Seiten der Verbraucher festgestellt worden war, daß ein Margarinelager in der Lutherkirche und ein weiteres in der Lutherkirche ist. Man verlangte die Herausgabe der Margarine. Der Kontrollausschuß wurde verständigt und aufgefordert, sofort den Fall zu untersuchen. Nachdem ein Mitglied des Kontrollausschusses zu den Wägen gesprochen hatte und der Preis für die Margarine auf 80.000 Mark herabgesetzt worden war, fand der Verkauf unter Aufsicht des Kontrollausschusses statt; es wurde an jeden der Anwesenden ein Pfund abgegeben. In der Niederlage befanden sich 125 Zentner Margarine. Nach kurzer Zeit wurde der Kontrollausschuß nach der Lutherkirche verlangt, wo ein weiteres großes Lager von Margarine vorhanden war, dessen Bestände aber bereits verborben sind und als Genußmittel nicht mehr abgegeben werden dürfen. Hier lagerten etwa 80 Risten zu je 40 Pfund. Zu Minderungen ist es nicht gekommen.

**Mittweida.** Nach Auseinandersetzungen mit seinem Meister begab sich am Mittwoch mittags der Witte der 30er Jahre stehende Spinner Rudolf Herrmann nach dem Bahngelände zwischen der Metallwarenfabrik von Wächter und Lange sowie der Erlauer Eisenbahnbrücke und warf sich dort vor den Mittweida 1,20 Uhr in der Richtung von Chemnitz verlassenden Personenzug. Er wurde sofort getötet und der Kopf vom Rumpfe getrennt.

**Zwickau.** Die Bergarbeiter im Zwickauer Bezirk hatten sich entschlossen, wieder einzufahren und haben auch die Arbeit wieder aufgenommen. Einige heftige Elemente im Oelschauer Bezirk haben die dortigen Arbeiter aufgefordert, dies zu verhindern. Ein Trupp von etwa 4000 Personen zog darauf nach Zwickau, wo auf dem Marktplatz eine Versammlung abgehalten wurde. Einige von diesen Demonstranten, meist jugendliche Personen, sogen daraufhin nach den Gruben und wollten dort die eingefahrenen Arbeiter zwingen, wieder auszufahren, andernfalls sie damit drohten, die Gruben zu erkühen. Daraufhin ist die Polizei eingeschritten, die weitere Zusammenkünfte verhinderte.

**Zwickau.** Aus einem Viehstallgebäude in der Breitauptstraße wurden seit 28. Juli 7 Blöcke Blei, je 50 Kilogramm schwer, im Gesamtwerte von 51500000 Mk. gestohlen.

**Wien.** In der Nacht zum Mittwoch ging bei der hiesigen Polizei die Meldung ein, daß gegen Mitternacht ein starkbewaffneter Trupp, etwa 30 Mann, mit dem Zuge auf dem oberen Bahnhof eintreffen werde, offenbar um zu unerlaubten Zwecken nach Bayern zu fahren. Die alarmierende Meldung hatte zur Folge, daß sofort ein Polizeiaufgebot mit einem Kraftwagen am Bahnhof erschien, um die Gemeldeten in Empfang zu nehmen. In Wirklichkeit trafen denn auch 15 der gemeldeten „Starkbewaffneten“ ein. Bei näherem Zusehen erwießen sie sich aber als harmlose Theaterspieler, die sich auf der Fahrt zu einer „Waffenstein“-Aufführung nach Bayern befanden. Die „Bewaffnung“ der Verdächtigen bestand aus kleinen Spaten und Kinderpistolen. Der Vorgang hatte eine größere Menschenansammlung zur Folge. Wer der Polizei die Alarm-Meldung abgab, mittel hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

## Zum Kreienfer Eisenbahnunglück.

Zu dem Eisenbahnunglück von Kreienfer wird noch mitgeteilt: Der Bahnpolizist lag vor dem Wagnen unmittelbar hinter der Lokomotive. Durch das Zusammenstoß wurde das Dach des Wagnens in den Bahnpolizisten völlig hineingestoben und zertrümmerte alles, was ihm entgegenstand. Die acht im Wagnen tätigen Beamten wurden zu Boden geschleudert und blieben zum Teil bewußtlos liegen. Dem Umhänge, daß die Beamten zu Boden geworfen wurden, verdankten sie ihr Leben, sonst wären sie durch das Dach des Wagnens zerquetscht worden. Zwei Beamte haben leichte Verletzungen am Kopf und andere Beamte an der Schulter erlitten. Die besonders umfangreiche Woll nach Bayern und Frankfurt/Main ist mit der nächsten Gelegenheit weiterbefördert worden.

Von den in der Göttinger Klinik befindlichen Verletzten des Kreienfer Eisenbahnunglücks dürfte sich keiner mehr in Lebensgefahr befinden. Nur eine Person hat noch Fieber. Die Trauerfeier in Kreienfer wird heute nachmittag vor sich gehen.

Der königlich dänische Geschäftsträger Legationsrat Helmer-Wetteren hat dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherrn von Malan die Teilnahme seiner Regierung aus Anlaß des Eisenbahnunglücks bei Kreienfer ausgesprochen. Der Staatssekretär dankte ihm namens der deutschen Regierung und brachte zum Ausdruck, daß die deutsche Regierung ganz besonders bedauere, daß von dem Unglück auch mehrere dänische Staatsbürger betroffen seien.

Bei den Verletzten. Der „Berl. Vol.-Anz.“ erhält aus Göttingen einen Bericht, dem wir nachstehendes entnehmen: Hier in der Göttinger Klinik, in ruhigen Zimmern, liegen zahlreiche Verletzte der Kreienfer Katastrophe. Schwerverletzte und Leichtverletzte. In aller Augen steht noch das Grauen. Die Wunden sind noch voller Erregung. Stodend, mit hitzweilen schluchzender Stimme erzählt mir einer der Leichtverletzten den Augenblick des entsetzlichen Unfalls: Die meisten Massen des Juges schloßen im Augenblicke des Zusammenstoßes. Viele von ihnen sind ohne jedes Erwachen sofort getötet worden. Nur vier Männer waren auf den Bahnhofsgegangenen, darunter zwei Dänen, um sich die Hände zu waschen. Sie sahen den D-Zug mit aller Geschwindigkeit herankommen und riefen entsetzt: „Aus, raus!“ Es war jedoch schon zu spät. Einer Frau, die aus dem Fenster eines Wagens auf den Bahnhofsgegangenen hatte, wurde durch die Wucht des Zusammenstoßes der Kopf glatt abgeschitten. Die Reisenden, die in den letzten drei Wagen saßen, wurden entweder zwischen den Wänden völlig zerquetscht oder gegen die Decke geschleudert, während alle, die sich im Gange aufgehalten hatten, mit weniger schweren Verletzungen davonkamen. Sofort nach der Katastrophe bot das grauenvolle Durcheinander ein furchtbares Bild. Wellende Dampfer erdrückten, die ein Neigen und Stöhnen, das aus den Trümmern kam, begleitete. Während des Entgegen hatte das auf dem Bahnhofsgegangenen Publikum ergriffen. Dann ein marktschreiernder Aufschrei aus Tausenden von Rufen. Da am Abend vorher in Kreienfer Schützenfest gefeiert war, waren noch viele Leute beim Eintritt der Katastrophe unterwegs. Die alarmierten sofort die ganze Kreienfer Bürgerwehr, die unverzüglich zur Stelle war und bei Rettung der Verunglückten mit aller Kraft Hand anlegte. Im Zuge selbst befand sich auch ein Arzt, der aber nur wenig helfen konnte, weil ihm Verband und Verbandstoff fehlten. Nept erschienen sofort die Kreienfer Polizei, die Sanitätskolonne des Ortes, die Feuerwehr und auch mehrere Kräfte aus Kreienfer und Umgegend.

Die Silber des Gramens, die sich den heldenhaft arbeitenden Bergungsmannschaften zeigen, sollen sich nicht beschreiben. Das Ganze der vom dem

Zusammenstoß betroffenen Wagen sah furchtbar aus. Die Bänke, Polster usw. waren vollständig gerissen und mit Blut bedeckt. Die Seitenwände waren vollständig eingedrückt. Die Toten, die fast bis zur Unkenntlichkeit verformt waren, wurden im Vordachzimmer des Wagens kreuzförmig aufgedrückt. Hier sah man wahrhaft erschütternde Bilder. Von einer Familie wurden mehrere Angehörige getötet, während ein kleines Kind noch am Leben geblieben war. Ein anderes kleines Mädchen hielt noch im Tode einen roten Spielball in der Hand fest. Viele Reisende liefen umher und suchten unter den Toten ihre Angehörigen. Ein Lehrer aus München hat einen schweren Oberarmbruch erlitten und ein Bein verloren. Er befand sich mit seiner Frau, die in Kreienfer unter den Toten gefunden wurde, auf der Hochzeitsreise.

## Rebellen im Nordprozess Graf.

Eschen. Vor dem belgischen Appellationsgericht begann in der Angelegenheit der Ermordung des belgischen Leutnants Graf die Verhandlung gegen den Leutnant Kleinhardt und Genossen, die in erster Instanz vom belgischen Kriegsgericht teils zum Tode, teils zu schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Die Angeklagten werden von zwei Brüsseler Rechtsanwälten sowie vom Justizrat Dr. Jorissen und Justizrat Dr. Springefeld aus Aachen verteidigt.

Am zweiten Verhandlungstage des Prozesses wurde zuerst der in der ersten Instanz zum Tode verurteilte Hauptangeklagte Herr Graf vernommen, der sein Geständnis damit erklärte, daß er unter dem Druck der ihn vernehmenden fünf Sicherheitsbeamten geblieben habe. Diese hätten erklärt, sie wählten alles, er solle nur seine Schuld eingestehen. Die beiden ihm gegenüberstehenden Sicherheitsbeamten erklärten, sie hätten den Angeklagten so vernommen, wie sie jeden anderen Angeklagten vernehmen würden, und bestritten, den Angeklagten irgendeine Drohung zu haben. Hervorzuheben ist noch die Vernehmung eines Sauerländers darüber, ob die von der Verteidigung herbeigeführten Waffen, eine Dreifloßkiste und eine Kammerfistole, Kaliber 8,5 Millimeter, die Waffen seien, aus denen die am Tatorte und in der Nähe Graf's gefundenen Kugeln kamen. Die Sachverständigen erklärten übereinstimmend, der Tod Graf's sei bestimmt durch eine Kugel aus einer Dreifloßkiste verursacht worden. Diese Pistole kamme von dem in Steettin verhafteten Angeler. Angeler behauptete bei seiner Vernehmung in Aachen, er habe den Schuß auf den Leutnant in einer Entfernung von 1 bis 1 1/2 Meter abgegeben. Die Sachverständigen bestritten, daß der tödliche Schuß aus einer solchen Entfernung gefallen sein könnte, sie müsse viel geringer sein. Dann wurde in der Vernehmung des Angeklagten fortgefahren. Darauf wurden noch die Angeklagten Klein und Kieße vernommen, die beide erklärten, ihre Aussagen seien ihnen von den Sicherheitsbeamten abgeprecht worden. Später hätten sie nicht mehr anders gekonnt, als die Tat einzugehen, weil sie von ihren Mitangeklagten und mehreren anderen Zeugen belastet worden seien. Die Verhandlung wurde dann vertagt.

## Präsident Harding.

Washington. Präsident Harding ist heute nacht gestorben.

San Francisco. Der Tod des Präsidenten Harding ist ohne vorangegangenes Angeden eingetreten, während er sich mit Familienangehörigen unterhielt. Die Kräfte nahmen einen Schlaganfall als Todesursache an.

## Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 3. August 1928.

Fractionsitzungen der Vertreter der SPD. und des Zentrums.

Berlin. Im Reichstage fanden gestern nachmittag die angeordneten Fraktionsitzungen der Sozialdemokraten und des Zentrums statt. Die Sozialdemokraten begannen ihre Beratungen bereits um 1 Uhr mittags und dehnten sie bis in die Abendstunden aus. In der Aussprache kam es angesichts der starken Gegenläufigkeit zwischen den verschiedenen Gruppen der Fraktion zu einem sehr lebhaften Meinungsaustrausch. Der Sprecher der Weimarer Sonderkonferenz verlangte unter anderem den Rücktritt Cuno's, Zusammengehen mit den Kommunisten, Anwendung auch außerparlamentarischer Mittel. Die Beratungen konnten infolge der zahlreichen Wortmeldungen nicht zu Ende geführt werden. Sie sind auf Freitag vertagt worden. Die Beratungen des Zentrums litten unter der schwachen Beteiligung der Fraktionsmitglieder. Reichsfinanzminister Dr. Frenkel berichtete über die Steuervorlagen der Reichsregierung. Auch das Zentrum vertrat die Weiterberatung. In der Haltung der Fraktionen gegenüber den Steuervorschlägen dürfte aber jetzt schon kein Zweifel bestehen. Das Zentrum wird ebenso wie die Deutsche Volkspartei die Vorschläge der Regierung unterstützen, allerdings daraufhin wirken, daß alle Bestimmungen verschärft werden. Im gleichen Sinne wird die Deutsche Volkspartei die Steuervorschläge behandeln. Die Demokraten werden eifrig ihr Programm für die grundsätzliche Umgestaltung der gesamten Finanzwirtschaft in Deutschland verfechten, jedoch der Regierung dabei keine Schwierigkeiten bereiten. In den Kreisen der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft glaubt man, daß die bevorstehende Tagung des Reichstages ruhig verlaufen wird, auch wenn die Beratungen der Sozialdemokraten zu einer härteren Betonung ihrer besonderen Forderungen führen sollten.

## Die Republik Irland im Völkerverbund.

Genf. Einer der interessantesten Verhandlungsgegenstände des am 3. September zusammentretenden Völkerverbundes ist das Aufnahmegeruch der Republik Irland in den Völkerverbund. Der Präsident des irischen Freistaates wird voraussichtlich selbst nach Genf kommen, um sein Land zu vertreten. Der irische Vertreter MacBeis erklärte am Donnerstag u. a., man müsse sich vergegenwärtigen, daß die irische Rasse über die ganze Welt verstreut sei. Über 4 1/2 Millionen Einwohner in Irland seien noch 12 Millionen Irländer in den Vereinigten Staaten, 8 Millionen in England.

## Drei Touristen abgeführt.

Bern. Ein Jungfrauenjoch stürzte drei furchtlose Touristen ab. Es handelt sich um eine Dame und zwei Herren aus Wien, die in Grindelwald in Ferien weilten Einzelheiten über den Unglücksfall fehlen.

## Görhardt in Stockholm?

Stockholm. Die schwedischen Blätter melden, daß der Kapitän Görhardt über die Grenze nach Schweden entkommen sei und sich in Stockholm aufhalte. Die Stockholmer Polizei, die von den verschiedenen Berichtserstatterern befragt wurde, ob man schwedischerseits Maßnahmen gegen Görhardt beabsichtige, verweigerte jede Auskunft. Der Leiter der Berliner Polizei, Oberregierungsrat Dr. Weis, hatte bis gestern spät abends noch keine Bestätigung dieser Meldung.

## Verurteilung französischer Banditen.

Paris. Nach einer öffentlichen Verhandlung wurde gestern das Urteil gegen den Direktor und den Verwaltungsrat der Banque Industrielle de Chine gefällt. Der ehemalige Direktor der Bank Derbette wurde zu 6 Monaten Gefängnis und 8000 Francs Geldstrafe, Senator Lethérot zu 8000 Francs Geldstrafe und die übrigen für schuldig befundenen Verwaltungsräte zu je 300 Francs Geldstrafe

Verantwortung, die ...

Der englische Standpunkt in französischem Sicht. Paris. Der diplomatische Mitarbeiter der Morning Post gibt eine Analyse der Antwort der französischen Regierung...

Kunst und Wissenschaft.

Central-Theater-Ringkampfe. Das neue Augustprogramm der Centraltheater-Direktion in Dresden umfasst eine Reihe erster Kräfte der Kleinstbühnen...

Lernen, Sport und Spiel.

Schwimmfest des S.C. 'Otter' von 1908. Am Sonntag, den 5. August hält der S.C. 'Otter' von 1908, Riesa, abermals ein Schwimmfest in unserer Stadt ab...

Flammen.

Roman von Hans Schulze. 54. Fortsetzung. Das Licht der Lampe blühte in den Händen seines Ansehers und beleuchtete sein scharfgezogenes Gesicht...

Capitalinteressen Frankreich am Sonntag das Treffen eines führenden Berliner Oberliga-Vereins, Fußballklub...

Von der neuen Währung.

Ebenso wie die erste Aktion der Regierung und Reichsbank, die in der Markflügung bestand, scheitern mußte...

August-Neubestellungen

auf das wertvollste erscheinende Riesaer Tageblatt werden von der Postämter und Zeitungsausträger...

Bezugspreis für halben August

durch Zeitungsboten frei Haus M. 3,10/0.

Währungsmittel, die Markt, preisgegeben. Schon lange hat er sogenannte werbefähige Anleihen herausgegeben...

Volkswirtschaftliches.

Neue Kohlenpreiserhöhungen. Die Entwicklung der Preis- und Lohnverhältnisse zwingen die Organe der Kohlenwirtschaft...

Das Goldmarkengeld

Für die Zeit vom 8. bis einschließl. 14. August 1923 beträgt das Goldmarkengeld 10 919 900 vom Hundert.

Die neue Schlüsselzahl im Buchhandel

Die Schlüsselzahl im Buchhandel erhöht sich ab 2. August auf 41 000.

Der Verein Deutscher Eisenbahner

Der Verein Deutscher Eisenbahner (Eisenbahner-Verein), Düsseldorf, hat die Preise für alle Gattungen mit Wirkung ab 1. August um 100 Prozent erhöht...

Rußland auf der Leipziger Messe

Rußland auf der Leipziger Messe. Der Bund der sozialistischen Sowjetrepubliken (Rußland, Ukraine, Transkaukasien, Weißrußland) wird, wie dem 'S. T.' von der Handelsvertretung der russischen sozialistischen Föderation...

Versicherungsgesellschaft Deutscher Hotelbetriebe

Unter dem Namen 'Versicherungsgesellschaft Deutscher Hotelbetriebe' ist mit Sitz in Köln am 1. August 1923 in Ansehung...

Trude nickte leise. 'Ich habe daran nicht gezweifelt, daß Sie sich noch einmal auf sich selbst bestimmen würden. Darum erwarteten wir Sie ja auch schon seit einer Stunde!'

Jetzt waren sie wie eiserne Klammern auf ihren weichen Schultern. 'Derweil ich sie auf in dem behausförmigen Daß der Todesangst, ihr Augen flammten aus dem Dunkel wie die Lichter einer verfolgten Wildkatze.'



# Die englische Regierungserklärung. Englands Entscheidung.

Ob wir wollen oder nicht, ob wir noch so pessimistisch im Hinblick auf die Rückwirkungen sind, wir müssen uns in diesen Tagen, soweit wir das Bedürfnis politischer Stellungnahme zu den Dingen haben, auf Eingebendste mit der Entwicklung des englisch-französischen Verhältnisses in allen seinen Einzelheiten befassen. Englands Entscheidung ist gefallen. In einer Unterhausdebatte, die so oft schon den Rangboden für politische Aktionen der Regierung seiner großbritannischen Majestät abgegeben hat, ist die Entscheidung gefallen. Die starken inneren Remunerationen sind anscheinend soweit überwunden, daß für Baldwin die Bahn zu den nächsten bedeutenden Schritten frei ist, die als Antwort auf den herausfordernden Starrsinn Frankreichs erfolgen müssen, wenn England nicht auf die letzten Reste politischen Gestaltungswillens verzichten will. Nicht ganz einfach ist es gewesen, die Form für die an sich kurze und in der Form zurückhaltende Erklärung zu finden, auf der eine größere Aussprache, in die der Ministerpräsident eingetreten sich vorbehalten hat, aufgebaut werden soll. Wenn auch die Entscheidung über Poincarés Antwort, bis weit in die rechtskonserverativen Kreise hinein, außerordentlich groß gewesen ist, so sind doch die gefühlsmäßigen Widerstände gegen jeden Schritt, der weiter von Frankreich weg führt, außerordentlich stark. Morningpost an der Spitze, mehrschieren die Ultrablätter zum letzten Vorstoß gegen Deutschland und zugleich gegen die gegenwärtige Regierung auf. Einmal sucht man die schwebenden Fragen auf das einseitige Gebiet der reinen Machtverhältnisse zu führen. Frankreichs Siegerrecht wird anerkannt. Des weiteren beweist man es, daß England durch eine scharfe Wendung gegen Poincarés Englands Wirtschaftslage irgend- wie praktisch bessere. Gerade in den Kreisen der ausgesprochenen Machtpolitiker empfindet man es außerordentlich stark, daß England eben Frankreich gegenüber machtlos ist und hält es daher für das Ratfahne, aufs Engste mit Frankreich zusammenzugeben und Wirtschaftsschäden auf sich zu nehmen, die angeblich durch den Kurs Baldwin's auch nicht beboben werden können. Darüber, daß Deutschland dann endgültig verloren ist, gibt man sich keinem Zweifel hin, trauert aber nicht im Geringsten darüber. Eine andere Gruppe der Baldwin-Begner erkennt zwar offen das Herausfordernde an der Poincaréschen Antwort an, ist auch damit einverstanden, daß die Unterstützung über- über zum Ausdruck kommt; von einer Antwort an Deutschland, die den Anschein einer Sympathiebewegung erweckt, will man aber nichts wissen. Im übrigen solle man vorläufig versuchen, Amerika zu gewinnen.

Die Anhänger Baldwin's und seiner Politik betonen vor allem die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen Weltmeinung. Sie sind deshalb vor allem für eine Veröffentlichung des Notenwechsels. Die überwiegende Mehrheit des Landes und auch der übrigen Welt dürfte hinter dieser Haltung stehen. Gewisse Formalisierlichkeiten haben sich anheftend aus der Meinungsverschiedenheit ergeben, ob die Einholung des Einverständnisses mit der Veröffentlichung bei der französischen Regierung nötig sei. Zur Befriedigung der frankreichfreundlichen Gruppe will man die Verhandlungen mit Paris noch einige Zeit fortsetzen, anscheinend aber, ohne sich dadurch in den weiteren Maßnahmen wehren zu lassen. Diese Maßnahmen werden langsam wirken, aber sie werden auf die Dauer tatsächlich wirken. Es fragt sich nur wann und ob unmittelbar vor oder nach der Umwandlung des deutschen Reiches in einen wirtschaftlichen und politischen Trümmerhaufen.

**London.** Die mit großer Spannung erwartete ministerielle Erklärung über die letzten Verhandlungen zwischen England und den verbündeten Regierungen in der Reparations- und Ruhrfrage wurde gestern mittag im Parlament abgegeben. Wie bei früheren ähnlichen Gelegenheiten gab Baldwin im Unterhaus und Curzon im Oberhaus identische Erklärungen ab. Die Erklärung lautet u. a. folgendermaßen:

Die englische Regierung war der Anschauung, daß die in dem deutschen Memorandum enthaltenen Vorschläge einer Würdigung und einer Erwiderung würdig sei und daß diese Erwiderung zunächst eine gemeinschaftliche der Alliierten sein müsse. Im Entwurf machte sich die englische Regierung verschiedene von Deutschland in seinem Memorandum aufgestellten Vorschläge zu eigen. U. a. bekannte sie sich zur deutschen Auffassung, daß, ohne daß dadurch der Friedensvertrag verletzt werden könnte, die deutsche Zahlungsfähigkeit von einem unparteiischen Sachverständigen-Gremium in Zusammenarbeit mit der Reparationskommission festgestellt werden müsse. Was die Frage der von Deutschland angebotenen Garantien anbetraf, so drückt die englische Regierung ihre Meinung dahingehend aus, daß der ökonomische Wert dieser Garantien von solchen Faktoren abhängig gemacht werden müsse, wie sie das deutsche Memorandum nicht erwähnte, als da sind: Stabilisierung der Mark und Ausbalancierung des deutschen Budgets und das alle Garantien solange wirkungslos bleiben müßten, bis die deutsche Finanzverwaltung unter irgend einer Form internationaler Kontrolle gestellt werde. Der englische Antwortentwurf schloß mit der Bitte an die deutsche Regierung, wenn sie die Wiederannahme von Verhandlungen wünsche, sofort ihre Wünsche und Anordnungen zurückzugeben, durch die der passive Widerstand organisiert und verdrängt worden sei und unabweisend alle Akte von Heftigkeit und Sabotage zu ermöglichen, die diesen Widerstand in verschiedenen Fällen begleitet haben, und es wurde dem Gläubigen Ausdruck verliehen, daß eine derartige Aktion von deutscher Seite die Occupationsmächte einer Wiederannahme der Verhandlungen über eine Aenderung ihrer Besatzungsmethoden und eine Rückkehr zu einem normalen und industriellen Leben im Ruhrgebiet geneigt machen müsse.

In der diesem Antwortentwurf begleitenden Daniels note gab die Regierung noch Aufklärungen über von ihr alle diesen Fragen gegenüber eingenommenen Gesichtspunkte und daß ihre Verbündeten, die Diskussion entweder in einer Konferenz oder auf andere Weise zu dem Zwecke zu beginnen, einen umfassenden Plan zur allgemeinen und endgültigen Lösung auszuarbeiten.

Die alliierten Antworten auf diese Einladung sind nunmehr eingetroffen. Die schriftliche Antwort Italiens ist noch nicht eingetroffen, aber die italienische Regierung hat bereits ihre volle Uebereinstimmung mit den Ansichten und Vorschlägen der englischen Regierung mitgeteilt. Die französische und die belgische Regierung haben von einander unabhängige Erwiderungen gesandt. Die englische Regierung hat diesen Erwiderungen ihre eifrigste Aufmerksamkeit gewidmet und obwohl sie erfreut die freundschaftliche Sprache anerkennt; in denen sie geistigt sind, bedauert sie, in ihnen nicht finden zu können, was eine gemeinsame Antwort der Alliierten an Deutschland möglich machen könnte, auf die die englische Regierung großen Wert legen würde. In der Tat wird der Entwurf der englischen Regierung in der französischen und belgischen Antwort nicht einmal erwähnt. Bei-

terhin weisen die beiden Noten keine Vorschläge auf, aus denen man auf eine baldige Aenderung in der Ruhroccupations- oder auf den Beginn neuer Reparationsbesprechungen schließen könnte, zwei Dinge, die die englische Regierung so sehr schätzt. Es liegt auf der Hand, daß viele Wochen, wenn nicht gar noch längere Zeit, verstreichen würden, wenn die verbündeten Regierungen auf der Grundlage der soeben unterbreiteten Auffassung in einer neuen Meinungsäus- tausch treten würden, ehe ein wirksamer Schritt zur Beendigung dieser unglücklichen Situation unternommen werden könnte. Die englische Regierung kann nicht oft genug wiederholen, daß sie, die sich in ihren Interessen mit denen ihrer Verbündeten verbunden fühlt und ebenso wie ihre Verbündeten vor jeder Aktion zurückzuckt, die dazu angetan sein könnte, auf eine Uneinigkeit zwischen den Alliierten schließen zu lassen, trotzdem die Auffassung beibehalten werden muß, daß die Lösung des Problems nicht mehr zu vermeiden ist und daß die europäische Situation, wenn jetzt die Alliierten noch länger ihre Meinungen über diesen oder jenen Vorschlag auszutauschen beginnen, mit samt allen Reparations- aussehungen, an denen alle Verbündeten gleichmäßig interessiert seien, immer weiter dem unvermeidlichen Ruin entgegen- treiben muß. Unter diesen Umständen hat die englische Re- gierung beschlossen, dem Parlament in nächstmöglicher Zeit die Schriftstücke vorzulegen, in denen ihre Auffassung niedergelegt ist und ihre Verbündeten zu bitten, der Ver- öffentlichung des Notenwechsels und aller Freistellungen, auf die sich diese Noten beziehen, zuzustimmen. Die englische Re- gierung hofft, daß die Veröffentlichung dieser Schriftstücke dazu beitragen wird, die wahren Dimensionen des ernsten Problems aufzulösen, dem sich die Alliierten gegenüber be- finden und die Welt von der heillosen Notwendigkeit überzeugen wird, es durch eine gemeinsame sofortige Aktion aus der Welt zu schaffen.

## Erklärung Lord Curzons im Oberhaus.

Während der, der Regierungserklärung im Oberhaus folgenden Debatte ergriff auch Lord Curzon wieder das Wort und sagte: Unsere Aussichten, ausreichende Repa- rationen zu erhalten, sind mit einem Schläge ausbleibend worden. Diese Tatsache stand bei allen anderen auch zur Debatte. Das ist eine europäische, das ist eine interna- tionale Frage, bei deren Lösung England nicht absteife stehen bleiben kann. Diese Frage ist auch ansehnlich des Problems der interalliierten Schulden keine solche, die ein- fach bei Seite geschafft werden kann. Im Zusammenhang damit, den englischen Vertreter auf der Reparations- kommission zurückzuführen, wie von gewisser Seite vorge- schlagen worden ist, ist eine politische Unklarheit und dürfte seinen guten Erfolg zunichte machen. In Erwiderung auf den Vor- schlag Lord Birkenheads, die englische Besatzungsmacht zurückzuführen, erklärte Lord Curzon, daß diese Armee nach dem Friedensvertrag dafür sei, daß Deutschland seine Ver- pflichtungen erfülle. Es sei vollkommen unangebracht, ihn zu fragen, was England nun zu tun gedenke. Er könne darauf keine Antwort geben. Auf jeden Fall aber möchte er betonen, daß, wenn sich Stimmen erheben, die englische Politik sei bisher erfolglos geblieben, doch die Aussicht bestehe darauf, daß sie in Zukunft Erfolge erzielen werde. Zum Schluß betonte Curzon, daß er in diesem Augenblick die italienische Antwort erhalten habe.

## Die Aussprache im Unterhaus.

Nachdem Baldwin die ministerielle Erklärung verlesen hatte, ergriff der Führer der Opposition Ramsay MacDonald das Wort. Er sprach seine tiefe Enttäuschung über die Antworten Frankreichs und Belgiens aus. Er hoffe, es sei nur ein Versehen, daß die beiden Regierungen in ihren Antworten keine Notiz von dem britischen Antwortentwurf für Deutschland genommen hätten. Einen Anlaß zur Friedliebend- heit gebe es allerdings, nämlich, daß die Regierung sich endlich entschlossen habe, eine eigene Politik zu formulieren und durchzuführen. Zunächst müßte dem System der Gebel- haltung ein Ende gemacht werden. England habe keinen Anlaß, sich zu schämen. Es sei klar, daß Frankreich nicht wegen der Reparationen in das Ruhrgebiet gegangen sei, es handle sich vielmehr um einen Versuch, nach einem formellen Friedensschluß den Krieg fortzusetzen. England sei jetzt weit mehr verwüstet als Frankreich, dessen wirtschaftliche Stellung stärker sei als vor dem Kriege, außer bezüglich seines Budgets. Der nächste Schritt in der Politik des europäischen Wiederaufbaus müßte die Regelung mit Deutschland und eine Regelung wegen der interalliierten Schulden sein. Beide Fragen könnten nicht getrennt be- handelt werden. In der Reparationsfrage handle es sich nicht nur darum, was Deutschland zahlen könne, sondern auch darum, wie es am besten zahlen könne, ohne die In- teressen der empfangenden Nationen zu schädigen. MacDonald fragte dann, ob die Regierung versuchen werde, die Bildung einer Sachverständigenkommission zu erreichen, und was gefehle solle, um Mitteleuropa vor dem Ruin zu retten, solange es noch Zeit sei. Deutschland brauche Kredite für seine Einfuhr. Nebenher schloß mit den Worten, wenn die Regierung mutig handle, werde sie mehr geachtet werden und mehr Aussicht auf Erfolg haben.

## Empörung in London.

Die gestrigen Erklärungen der Regierung im Parlament haben überall tiefen Eindruck gemacht. Es wird über die Wichtigkeit der Lage kein Zweifel gemacht. Insbesondere ist man über die Art und Weise empört, in der die franzö- sische und auch die belgische Regierung den englischen Ent- wurf behandelt hat.

## Eine neue Erklärung Baldwin's.

Ministerpräsident Baldwin ergriff am Ende der Debatte wieder das Wort und wies dabei allen Ansinnen, den Noten- wechsel mit Frankreich zu veröffentlichen und zwar sofort, kurzerhand ab. Er erklärte jedoch, eine Fortsetzung der bisher beabsichtigten Passivität bedeute ein Unglück für die Zukunft, und es wäre zu wünschen, daß alle Nationen sich auf der Grundlage der englischen Vorschläge einigen würden. Es sei nun Unsinns, sich darüber zu streiten, ob die englischen Staatsmänner französisch oder deutschsindlich seien. Die englischen Staatsmänner handelten für Englands Interessen. Die englische Regierung sei dafür, daß die Ver- bündeten eine gemeinsame Antwort an Deutschland senden. Auf die geäußerte Befürchtung eingehend, daß Deutschland bald wieder den Weltmarkt erobern werde, erklärte Baldwin, er sei der Ansicht, daß die englische Regierung hoffe, daß im Gegenteil Rußland bald wieder in der Reihe der bedeutenden internationalen Märkte vertreten sein werde. In diesem Falle dürfte auch Deutschland wieder neuen Absatz finden und den Ueberschuß seiner Produktion den westlichen Märkten zur Verfügung stellen. Baldwin schloß: In England könne man wohl die französischen Beweggründe zur Ruhrbesetzung mitfühlen, aber man erwarte keinerlei Wirkung davon, im Gegenteil glaube man, daß dadurch das Schicksal Europas nur schlimmer würde.

## Die Meinung der Berliner Blätter.

Die gestrige Erklärung Baldwin's im Unterhaus wird in einem Punkte von den Berliner Blättern scharf ab- gelehnt in der Frage des passiven Widerstandes. Der „Volkswacht" laßt den Eindruck des von Baldwin mit- geteilten Antwortentwurfes in die Worte zusammen: Welche Regierung auch immer in Deutschland ans Ruder treten würde, sie könnte immer nur die eine Auffassung vertreten, daß der Bevölkerung des Ruhrgebietes die Auf- gabe des passiven Widerstandes nur angedeutet werden könnte, wenn sie die sofortige Zulassung der umgebenden Aenderung der seitigen Besatzungsmethoden erzielte und außerdem die Zulassung der Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete in kürzester Frist. Außerdem müßte die Freigabe der Gefangenen, die Rückkehr der Vertriebenen und die Beilegung der Eisenbahnregie ausgetan werden. — Die „Deutsche Allgemeine Ztg." schreibt: Die englische Regierung empfiehlt uns, unsere einzige Waffe aus der Hand zu geben, ohne uns die geringsten konkreten Gegenleistungen zu bieten. Die Aufforderung zur Kapitu- lation wird man in ganz Deutschland nicht begreifen. Es ist wichtig, daß England völlige Klarheit darüber besitzt, daß keine deutsche Regierung denkbar ist, die der Beset- zung des Ruhrgebietes bei ihrem passiven Widerstande gegen die Eindringlinge in den Rücken fällt. — Auch das „Tageblatt" erklärt, es könne nur immer wiederholt werden, daß für das deutsche Volk ein Verzicht auf den passiven Widerstand ohne Gewährung gleichzeitiger Garantien für eine baldige Räumung des Ruhrgebietes mit allen Konse- quenzen nicht in Frage kommt. Alles in allem bleibe nach den Erklärungen Baldwin's und Curzon's für uns die Tat- sache bestehen, daß die englische Politik zwar nicht mit dramatischen Mitteln, aber doch mit unvermindertem Druck fortgesetzt wird und daß es unsere Aufgabe ist, uns mit doppelter Energie zusammenzureißen, um nicht durch einen Anfall von Schwäche die englische Aktion während ihres launigen Ganges um den Erfolg zu bringen.

## Die französische Note veröffentlicht.

Paris. Poincaré hat gestern als Antwort auf die englische Parlamentserklärung die französische Note ver- öffentlicht, die am Montag im englischen Außenministerium übergeben wurde. Die französische Regierung erklärt sich darin zunächst bereit, sofort mit der englischen Regierung die deutschen Vorschläge vom 7. Juli zu prüfen, doch ist sie in der Feststellung gekommen, daß diese Vorschläge nicht die Verpflichtung enthalten, den passiven Widerstand, durch den das Reich sich 6 Monate der Ausübung des Friedens- vertrages widersetzt, zu beenden. Die französische Re- gierung hat nach bestem Können auf die Fragen, die die englische Regierung stellte, geantwortet. Wenn diese weitere Fragen an sie zu richten habe, so sei sie bereit, neue Antworten zu erteilen. Doch erinnere die französische Regierung daran, daß Frankreich und Belgien das Ruhr- gebiet nur nach Mahgabe der von dem Berliner Kabinett geleisteten Zahlungen räumen werden, nachdem sie 4 Jahre lang gewartet habe, Verträge aller Art unter- nommen habe, mehrere Ultimata stelle, sowie in Konfe- renzen einwilligte und schließlich widerwillig Deutschland Moratoria gewährt habe. Was den passiven Widerstand anbelange, so wird Frankreich, wenn Deutschland ihn un- mittelbar einstellt, in der Ruhrbesetzung verschiedene Ab- änderungen vornehmen, die mit der Sicherheit der Truppen und mit der Bewilligung des Landes in Einklang zu bringen seien. Durch die Ruhrbesetzung wolle Frankreich in Deutschland die Bereitwilligkeit zum Zahlen herbeiführen. Das französische stimmt mit dem britischen Kabinett darin überein, daß Deutschland seinen Kredit wiederherstellen muß, seine Währung stabilisieren, seinen Staatsbankrott ins Gleichgewicht bringen und seine Produktion fördern soll. Es handelt sich hier um Maßnahmen, die die Verbün- deten Deutschland seit 1920 erteilt haben, doch wären alle diese Anstrengungen vergeblich, weil der gegenwärtige Ruin Deutschlands nicht eine Auswirkung der Ruhrbesetzung ist, sondern vom Reich selbst herbeigeführt wurde. Betreffend den englischen Vorschlag, durch die Verbündeten einen all- gemeinen Plan zur finanziellen Leistung aufstellen zu lassen, wünscht die französische Regierung zu erwidern, ob die Frage der interalliierten Schulden darin einbezogen sei.

## Die Lage in Duisburg.

Die Lage in Duisburg ist weiter sehr ernst. Großer Mangel besteht an Kartoffeln und diese kosten per Hektar 6000 Mark. — Trotzdem beschlagnahmen die Franzosen die auf den Markt kommenden Kartoffeln, um die französischen Haushalte damit zu versorgen. Man hat den Eindruck, daß Poincaré programmäßig die Lebensmittelversorgung er- droffeln will, um dann französische Magazine zu eröffnen für jeden, der sich für die Rheinische Republik erklärt und bereit ist, für die Rheinische Republik zu wirken. Der kommuni- stische Terror nimmt zu. Bei der „Hagom" und bei der „Aurichhäuser" wurden die Direktionsgebäude umstellt. Es sollen angeblich Extrabeholdungen in Höhe von drei Mil- lionen Mark für den Kopf erzielt worden sein.

## Zur Besetzung des Rheinischer Polizeireviers

Schreibt der „Mannheimer Generalanzeiger": Von der Rhein- anner Polizei war ein Verbrecher festgenommen worden, der bei den Franzosen arbeitete. Bei der Festnahme dieses Mannichs kam es zwischen der Polizei und Gefangen zu einer Schießerei. Hierbei wurde einer der Schützlinge der Fran- zosen tödlich verletzt. Die Schutzbefehlenden der Franzosen stellten nun, wie erzählt wird, an die Franzosen ein Ultimatum auf Entferrnung der Rheinischer Polizei, andernfalls würden sie jenseits. Daraufhin wurde das Polizeirevier von den Franzosen besetzt und der Reichsmeister König unter der Beschuldigung, daß er den tödlichen Schuß abgegeben habe, verhaftet. König befindet sich in Ludwigsbaf. Er wurde von den Franzosen unter Anklage gestellt.

## Verschwinden der Koksballen.

Unter der Ueberschrift „Verschwinden der Koksballen" schreibt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung": Da die Lager- bestände an Koks aus dem Ruhrrevier fast ganz abtransportiert sind, verweigern die französischen Besatzungstruppen ihre Anstrengungen, um den für ihre Hüttenindustrie unent- behrlichen Brennstoff zu erhalten. Schon seit einiger Zeit greift die Besatzung auf die Lagerbestände der Eisenwerke an der Ruhr zurück. In den letzten Tagen verfuhr man die Besatzungen einzelner Zechen zur Aufnahme des Koksere- betriebes zu zwingen, indem man ihnen die Weigerungs- sätze den Zutritt zu sämtlichen Anlagen der Zechen unmög- lich machte und so die Zechen überhaupt stilllegte. Dieses Vorgehen endete vor längerer Zeit an den staatlichen Gruben mit einem glatten Mißerfolg infolge des einmütigen Widerstandes der Beamten und Arbeiter. Auch der auf den privaten Zechen unternommene neue Versuch, die Koksere- stellung für die Besatzungsmächte in Gang zu bringen, scheiterte an der Weigerung der Besatzungen, für sie zu arbei- ten. Im Essener Bezirk sind aus diesem Anlaß die Zechen „Wotan" und „Heinrich", im Bochumer Bezirk die Zechen „Prinz von Preußen", „Amalie" und „Philipp Gustav" sowie „Dortmund III" bei Dortmund außer Betrieb. Der

Brennstoffverhandlung nach Frankreich und Belgien aus dem Ruhrgebiet hat im Juli gegenüber dem Monat Juni eine beträchtliche Abnahme erfahren, und man rechnet damit, daß der Kohleverkauf gegen Ende dieses Monats ganz aufhören wird.

### Antliche Unterlagen

#### Über die Gewalttate der Besetzungstruppen.

Von der Sammlung eidlischer Auslagen über Gewalttaten der französisch-belgischen Truppen im Ruhrgebiet ist die dritte Folge erschienen; weitere Folgen sind noch in Vorbereitung. Die amtliche Veröffentlichung hat den Zweck, im Einzelnen die amtlichen Unterlagen und die unabweislichen Beweise zu den Untaten der Besetzungstruppen zu geben. Von den schwierigen Verhältnissen im Ruhrgebiet gelangt naturgemäß nur ein Teil der Bevölkerung zu Kenntnis der Verbrechen und der Verbrechen an die Öffentlichkeit, da zahlreiche Bewohner des Einbruchgebietes aus Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen sich vor der Anzeige scheuen. Trotzdem haben die beiden ersten Hefen der amtlichen Veröffentlichung eine Fülle einwandfreier Material über die Verbrechen der Besetzungstruppen erbracht. Die jetzt vorliegende dritte Sammlung umfaßt 30 Fälle, darunter acht Erschießungen, sieben Mordtaten, zahlreiche Verwundungen und Mißhandlungen, Verhaftungen und sonstigen Ausschreitungen der französisch-belgischen Besetzungstruppen.

Außer der dritten Sammlung der Zeugenaussagen über die Gewalttate ist von amtlicher Seite eine letzte Zusammenfassung der Untaten der französisch-belgischen Truppen bekannt gegeben worden. In dieser Zusammenfassung der Taten, denen eidlische Zeugenaussagen folgen werden, sind zu vergleichen: Ein Tötungsfall, darunter die Tötung einer Frau, 31 Verwundungen und Mißhandlungen, darunter zwei Mißhandlungen von Frauen, sieben an Frauen verübte Sittlichkeitsverbrechen und acht Verhaftungen.

Das Material der vorliegenden Zusammenfassungen, das ein erschütterndes Bild der seelischen und körperlichen Not der Bevölkerung des Einbruchgebietes gibt, ist auch den fremden Regierungen bekannt gegeben worden; bei den Regierungen in Brüssel und Paris ist unter Mitwirkung des Materials gegen die Vergewaltigung der friedlichen Ruhrbevölkerung der Protest erneuert worden.

### Erkelens erbittet

#### die Bequädigung der deutschen Opfer.

Paris. Der Abgeordnete Erkelens hat den Führer der französischen Radikalen Delegation in einem Schreiben gebeten, sich für die Bequädigung der in Aachen und Malin von den französischen und belgischen Kriegsgerichten zum Tode verurteilten Deutschen zu verwenden. Ferner bitte er, dahin zu intervenieren, daß die von den verschiedenen Behörden festgehaltenen Weiseln wieder freigelassen werden, unter denen sich der Gruppenvorsitzende Keller und der sozialistische Abgeordnete Moll befinden. Die Bequädigung der Todesurteile würde nicht verfehlen, in Deutschland einen Ausbruch schmerzlicher Entrüstung zu verursachen und zur Folge haben, daß in Deutschland und in Frankreich diejenigen Parteien in den Vordergrund treten würden, die auf dem Standpunkt stehen, daß nur durch Gewalttätigkeiten und durch eine neue Auseinandersetzung mit den Waffen es möglich sei, die Ordnung zwischen Frankreich und Deutschland wiederherzustellen. — Wie die Morgenblätter aus Lyon melden, hat Derriot, der von der Auffassung ausgeht, daß die Krise sich nur mit Unterstützung der Deutschen Demokratischen Partei regeln lasse, den Brief des Abgeordneten Erkelens dem Ministerpräsidenten Poincaré zugehen lassen.

Der Präsident der französischen Republik, Millerand, hat den Rechtsanwalt Dr. Vuennel aus Trier, einen der Verteidiger der am 28. Juni vom französischen Kriegsgericht in Mainz wegen Sabotage zum Tode verurteilten sieben Deutschen empfangen. Dr. Vuennel erklärte dem Präsidenten in seiner Eigenschaft als Rechtsvertreter der Verurteilten die von diesen und ihren Verteidigern eingereichten Gnadengesuche.

### Sondertagung der demokratischen Arbeitnehmer.

Elberfeld. Im Anschluß an eine Tagung der Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei traten die Vertreter der in der Deutschen Demokratischen Partei politisch organisierten Arbeitnehmer des Ruhrgebietes zu einer Sondertagung zusammen, in welcher Dr. Schupp, Düsseldorf, über „Arbeitnehmer und Politik“ referierte. Die Ergebnisse der Verhandlungen sind in folgender einstimmig angenommener Entschließung zusammengefaßt: Die Arbeitnehmer stehen schon längst vor der Erkenntnis, daß sie als Konsumenten die Härten der Wirtschaftslage am schärfsten spüren. Dies macht sich unumwunden bemerkbar, je gewaltiger das Wirtschaftsgeschehen durch die unerbittlichen Eingriffe der französisch-belgischen Gewalttätigkeiten im Ruhrgebiet wird. Sie haben daher alle Ursache, sich in der Wirtschaft wie gegenüber dem Auslande ihr Recht zu wahren. Nach außen hin sie fest entschlossen, den passiven Widerstand bis zum Letzten durchzuführen. In der deutschen Wirtschaft fordern die Arbeitnehmer die Fortführung der Sozialpolitik, sie fordern Indulgieren und schärfste Reform der Veranlagung. Von der Deutschen Demokratischen Partei erwarten sie, daß sie für schnelle Durchführung festwertiger Einkommen eintritt. Hinsichtlich der Kurzarbeit wird deren volle Aufrechterhaltung verlangt, da durch deren Verringerung die Produktion nicht geboten, aber das soziale Elend vergrößert wird.

### Tagesgeschichte.

#### Deutsches Reich.

Sitzung des Reichsisenbahnrats. Der Reichsverkehrsminister hat den Reichsisenbahnrat auf Sonnabend, den 11. August 1923 zu einer Sitzung nach Berlin berufen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Angleichung der Personen- und Gütertarife an die Geldwertentwicklung. 2. Vorlage der Reichsbahn über die Zahlung werblichänder Personen- und Gütertarife. 3. Vorlage der Reichsbahn über Änderung des Brachstundungsverfahrens. Zur Vorbereitung der Tagesordnung findet am vorhergehenden Tage, Freitag, den 10. August, im großen Sitzungssaal des Reichsverkehrsministeriums in Berlin eine Sitzung des ständigen Ausschusses des Reichsisenbahnrats statt.

Politische Zusammenkünfte in Berlin. Mittwoch abend kam es an der Rieler Brücke und in der Chausseestraße zu kleineren Zusammenkünften zwischen Mitgliedern der deutschen nationalen Jugend und politischen Gegnern, anscheinend Kommunisten. Bei dem Zusammenstoß an der Rieler Brücke wurden mehrere Schüsse abgegeben, die zur Verletzung einer unbeteiligten Frau führten. Welche Partei die Schuld an den Zusammenstößen trifft, steht noch nicht fest. Drei Angehörige der nationalsozialistischen Jugend sind in der Chausseestraße von der Schutzpolizei festgenommen worden.

Besichtigung des Waldensee-Kraftwerkes. Wie die „Münchener Nachrichten“ meldet, sind verschiedene Mitglieder des Reichstages, des Reichsausschusses und des Reichsrates nach München gekommen, um die Anlagen des Waldensee-Kraftwerkes und des Kraftwerkes der mittleren Isar zu besichtigen. Unter den Teilnehmern befanden sich auch Minister und Vertreter einzelstaatlicher Re-

gierungen. Der Vertreter Bayerns, Stadtrat Dr. Stiegel, erklärte bei der Besichtigung des Waldensee-Kraftwerkes, was durch Bayern in der Erschließung seiner Wasserkraft gegeben, liege im Interesse des gesamten deutschen Wirtschaftslebens. Namens des Reichsausschusses des Reichstages erklärte der Abgeordnete von Guesard, es sei erfreulich, daß Bayern den Mut zum Wiederaufbau nicht sinken lasse. Bei der Besichtigung des Großkraftwerkes an der mittleren Isar wies der württembergische Minister Holz auf die wirtschaftlichen Bestimmungen Bayerns und Württembergs hin.

Vohrregelung im Buchdruckgewerbe. Unter dem persönlichen Vorsitz des Reichsarbeitsministers ist in später Nachtstunden ein Abkommen für das deutsche Buchdruckgewerbe geschlossen worden, das für die laufende Woche vom 7. bis 8. eine Erhöhung des Spitzenlohnes um insgesamt 400 000 Mk. und für die Woche vom 8. bis 11. 8. eine Erhöhung des Spitzenlohnes auf 2 400 000 Mark vorsieht. Die Vohrregelung für die Woche vom 12. bis 19. 8. erfolgt in der Weise, daß der Spitzenlohn unter Angemessenheit des für den 8. 8. festzustellenden Reichsteuerungs-Index zu erheben ist. Die Schlichtung ist mit Wirkung vom 4. 8. auf 5000 Mark festgesetzt worden.

Verhandlungstermin gegen den Journalisten Lehme. Der Senat des Reichsgerichts für erbkantonalen Strafsachen setzte den Verhandlungstermin gegen den Berliner Journalisten Walter Lehme wegen Landesverrats auf den 28. 8. fest, nachdem nunmehr die Voruntersuchung abgeschlossen und Anklage erhoben ist. Der Termin war ursprünglich auf den 1. Oktober anberaumt. Lehme hatte angebroht, in den Dünkerstreik treten zu wollen, falls der Termin nicht früher gesetzt würde.

Der Präsident des Roten Kreuzes im Ruhrgebiet. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, von Winterfeld, ist gestern in Aachen eingetroffen. Er geht sich von Aachen nach Koblenz und dann weiter nach Trier, Mainz, Wiesbaden, um die Gefangnisse zu besichtigen und mit den Vertretern des Roten Kreuzes Fühlung zu nehmen. In seiner Begleitung befinden sich der Generaldelegierte für das Rheinland Professor Dr. Witte und mehrere Herren vom Generalsekretariat in Berlin.

Der erste demokratische Reichstagskandidat. Ein Vertreter der deutschdemokratischen Partei des Wahlkreises Düsseldorf-D. hat am Sonntag in Elberfeld einstimmig beschlossen, den Abgeordneten Erkelens für die nächste Reichstagswahl wiederum als Spitzenkandidat aufzustellen. Vorher hatte Erkelens die demokratischen Richtlinien für eine wirksame Außen- und Innenpolitik aufgestellt. Notwendig sei vor allem die Erhaltung der Reichseinheit.

Verbot der proletarischen Hunderttausenden in Bremen. Der Bremer Senat beschloß am Dienstag auf Grund des Beschlusses zum Schutze der Republik das Verbot der proletarischen Hunderttausenden. Das Verbot bezieht sich auch auf etwaige Nachfolgeorganisationen. Nach den geschlossenen Vorschriften ist Beschwerde gegen dieses Verbot innerhalb zwei Wochen zulässig, sie hat aber keine aufhebende Wirkung für das Verbot.

Verbot von Feuerdemonstrationen in München. Die Polizeidirektion stellte gestern Frauen, die sich wegen der Feuerdemonstrationen mit allem Nachdruck begeben würde. Wegen der Klagen über die Feuerdemonstrationen wurde, als in der schweren Zeit des katastrophalen Zusammenbruchs unserer Währung, in der der Feind alles aufzichte, um unsere Not ins Unerträglichste zu steigern und uns den Weg zur nationalen Wiedergeburt zu verlegen. Freiheitsbewegung, Verteidigung und Haß, Drangsalierung der Franzosen im besetzten Gebiet verfolgen diesen Zweck und doch sehen wir dort drüber die herrlichen Zeichen deutscher Treue und festen Glauben an die Zukunft deutscher Heimat.

Verien im bayerischen Landtag. Der bayerische Landtag hat gestern seine letzte Sitzung abgehalten. Für die Sozialdemokratie gab gelegentlich der Abstimmung für das Finanzgesetz der Abgeordnete Timm eine heftige Erklärung gegen die Regierungspolitik ab. Alle anderen Parteien sprachen für die Zustimmung zum Finanzgesetz der Regierung das Vertrauen aus. In seiner Schlussansprache betonte Präsident Königbauer, daß wohl je im bayerischen Landtage eine Tagung unter traurigeren Verhältnissen abgehalten wurde, als in der schweren Zeit des katastrophalen Zusammenbruchs unserer Währung, in der der Feind alles aufzichte, um unsere Not ins Unerträglichste zu steigern und uns den Weg zur nationalen Wiedergeburt zu verlegen. Freiheitsbewegung, Verteidigung und Haß, Drangsalierung der Franzosen im besetzten Gebiet verfolgen diesen Zweck und doch sehen wir dort drüber die herrlichen Zeichen deutscher Treue und festen Glauben an die Zukunft deutscher Heimat.

Spanien. Ein Leitartikel des Völk. erklärt, der Hauptgrund des Sinkens der Mark sei die französische Reparationspolitik. In einem Artikel über die schwierige Lage Deutschlands wird scharf gegen den französischen Militarismus gesprochen. — Sol polemisiert gegen den Berichterhalter des Journal in Spanien. Die Franzosen seien immer blind für fremde Völker; diese Blindheit sei infolge der Siege noch größer geworden; es gebe aber in der Welt auch noch andere Dinge als Siege. Die deutsch-spanischen Handelsbeziehungen. Imparcial schreibt über die deutsch-spanischen Handelsbeziehungen, infolge der Steigerung der Produktionskosten sei für Deutschland die Möglichkeit des „dumping“ vermindert. Der Valutausgleich sei ungerechtfertigt; durch Erhebung desselben werde der Handel mit Deutschland zum Teil unmöglich.

### Ungarn.

Streik der Lokomotivführer. Die Lokomotivführer traten nach der am 1. August erfolgten 200 prozentigen Gehaltsaufbesserung mit neuen Lohnforderungen an das Handelsministerium heran. Sie machten aus ihrer Forderung eine Machtfage und traten in den Streik. Die Regierung ist entschlossen, den Streik mit energiegelassen Mitteln zu bekämpfen und Ordnung zu halten. Zu diesem Zwecke wurde das Standrecht verhängt und eine Verordnung zur Inanspruchnahme der technischen Notkräfte erlassen. Der Verband der Lokomotivführer wurde aufgelöst und die Mitglieder des Exekutivsausses der Streikenden wurden in Haft genommen.

### Tschechoslowakei.

Erleichterungen in der Grenzkontrolle. Wie die „Tribuna“ erklärt, sind die Zollorgane mittels Rundschreiben angewiesen worden, in der Gepäckkontrolle möglichst entgegenkommend vorzugehen.

### Vom Bau des Berliner Flughafens.

An der äußeren Vollenbung des Flughafens auf dem Tempelhofer Feld wird zuerst mit Nachdruck gearbeitet. Da die Herstellung des Flughafens in seiner vorläufigen Form durch die Geldentwertung in Frage gestellt worden war, sind die Arbeiten demnach in die produktive Erwerbslosenfürsorge, die das Reich finanziert, einbezogen worden. Und so arbeiten gegenwärtig über 400 Erwerbslose an der Planierung des Hafengeländes, das nach seiner Fertigstellung gute Start- und Landungsmöglichkeiten bieten wird. — Unter diesen nehmen, wie der „B. V. V.“ meldet, auch viele Deutsche und dem Ausland die Verhandlungen

über die Einbeziehung des Berliner Flughafens in das internationale Luftverkehrswesen ihren Fortgang. Gegenwärtig will eine deutsche Kommission in London, wo mit Vertretern der Entente über die Frage des Anschlusses Deutschlands an die internationalen Konventionen, sowie über andere damit im Zusammenhang stehende Probleme verhandelt wird. England selbst hat einen führenden Industriellen nach Deutschland entsandt, der einmal mit den Vertretern der deutschen Flugzeugindustrie, dann aber auch mit den in Frage kommenden Behörden Fühlung nehmen soll. Man rechnet damit, daß der Flughafen Berlin Anfang September vollendet sein wird, und daß schon im kommenden Frühjahr ein ausgedehnter internationaler Flugdienst von hier aus aufgenommen werden kann.

### Der Esperanto-Weltkongreß eröffnet.

Köln. Der unter dem Protektorat des Reichspräsidenten stehende, vom 2. bis 8. August in Nürnberg tagende 16. Esperanto-Weltkongreß wurde gestern vormittag in Anwesenheit vieler Besucher namentlich aus dem Ausland — Frankreich und Belgien sind nicht vertreten — feierlich eröffnet.

### Au das Landvolk!

Der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Landarbeiter erläßt folgende Rundgebung:

In der Rundgebung der Reichsregierung vom 28. Juli ds. Jrs. über die großen Nöte unseres Volkes wird mit besonderer Betonung auf die Schwierigkeiten der Ernährungsversorgung der städtisch-industriellen Bevölkerung hingewiesen, die sich in diesem Jahre durch die verspätete Ernte infolge der unglücklichen Frühjahrswitterung ergeben. Es wird in diesem Erlaß der Reichsregierung die Landwirte und der Handel auf ihre handelsbürgerliche Pflicht hingewiesen, „so schnell als möglich und im weitesten Umfang die Erntereste dem Verbrauch zuzuführen zu lassen“, ferner werden alle Männer und Frauen des ganzen Volkes aufgefordert, „in klarer Besinnung die tägliche Arbeit fortzuführen“.

### Landarbeiter und Landarbeiterinnen!

Die in der Rundgebung der Reichsregierung die Ernährungsnot und die Landwirtschaft betreffenden Stellen haben für euch eine besondere Bedeutung und legen euch besondere Pflichten auf, denn ohne die berufsbildende, unermüdete Arbeitsleistung der deutschen Landarbeiter und Landarbeiterinnen, alt und jung, ist die Ernährungsnot in Stadt und Industrie nicht zu beseitigen. Es fehlt in den Großstädten und Industriegebieten, insbesondere auch in den von den Franzosen besetzten Gebieten des Westens an Kartoffeln, Feiten und anderen Erzeugnissen der Land- und Gartenwirtschaft. Tausende von Frauen der Minderbemittelten, insbesondere auch der Arbeiter, Angestellten und der Rentnerempfänger müssen stundenlang stehen, um kleine und kleinste Mengen der lebenswichtigen Nahrungsmittel zu erlangen. Durch das lange nachts Frühljahr ist in diesem Jahre der Pflanzenwuchs so zurückgefallen, daß sich die Ernte um mehrere Wochen verspätet. Infolgedessen können sich die Arbeiter in diesem Jahre während der Erntezeit ganz außerordentlich. Soll das Stadtvolk mit Frühkartoffeln versorgt und die Getreide- und Futtermittel rechtzeitig geerntet und dem Verbrauch zugeführt werden, so darf die Landarbeit um keine Stunde verzögert werden oder gar zum Stillstand kommen. Wird dies nicht beachtet, so hungern unsere Volksgenossen in Stadt und Industrie und die brutale Franzosenraube ist dann um so schwerer auf unseren Brüdern und Schwestern an Rhein, Ruhr und Saar.

Verantwortungslose, radikale Ocker, Kommunisten und andere Volks- und Arbeiterfeinde versuchen seit Monaten und Wochen, leider nicht immer ohne Erfolg, Unfrieden in der Landwirtschaft und die Landarbeiter zu wilden Streiks anzufachen. Solche sinnlose Streiks, die ohne jeden Erfolg für die Streikenden ausfallen, schädigen in Schlemmen, Ostpreußen, Provinz Sachsen und in anderen Bezirken die beteiligten Landarbeiter, die landwirtschaftlichen Betriebe und somit auch die Ernährung der städtischen Bevölkerung. Trotzdem in den Städten Ernährungsnot herrscht, versuchen fortgesetzt Kommunisten und andere Agitatoren die Landarbeiter entgegen den Grundgesetzen und der Verantwortung einer soliden gewerkschaftlichen Landarbeiterorganisation zu Streiks und anderen Berufsstörungen zu verführen. Das angesichts der Ernährungsnot ist ein Verbrechen am Volk, Landarbeiter, Berufsgenossen! Wir fordern euch auf, um des Vaterlandes und des notleidenden Stadtvolks Willen, der verbrecherischen Verhütung der Kommunisten und anderer verantwortungsloser Radikalführer euer Ohr nicht zu leihen, sondern sie zum Dorf hinauszuweisen. Sie sind falsche Propheten. Bisher sind alle Streikmacherereien dieser falschen Propheten zum Schaden der Landarbeiter erfolglos zusammengebrochen.

Der Zentralverband der Landarbeiter, die einigste sich ihrer Verantwortung gegen die Landarbeiter, Volk und Vaterland bewußte Landarbeitergewerkschaft, hat bisher entschlossen geschickt und mit Erfolg die Landarbeiterinteressen vertreten. Das System der Tarifverträge, die fortgesetzte Anpassung der Löhne an die veränderten Wirtschaftsverhältnisse und der verminderten Kaufkraft der Mark, der Schutz der Landarbeiter gegen ungerechte Steuern ist kein Werk Kommunisten und Sozialdemokraten haben, wenn's hart auf hart geht, die Landarbeiter stets im Stich gelassen. Der Zentralverband der Landarbeiter wird zu jeder Zeit dafür sorgen, daß die Landarbeiter stets, gemessen an der Wirtschaftslage und Leistung, einen anständigen gerechten Lohn erhalten, vertraut dem Zentralverband!

Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber verweisen wir ebenfalls auf die eingangs zitierten Stellen aus dem Erlaß der Reichsregierung. Die von der Reichsregierung unterzeichneten Pflichten gelten für die landwirtschaftlichen Arbeitgeber in demselben Maße wie für die Arbeiter. Zu den Pflichten der verantwortlichen Landwirtschaftsleitung gehört in gleichem Maße auch die Pflicht, den im landwirtschaftlichen Betrieb tätigen Arbeitern und Arbeiterinnen ein ausreichendes Lebens- und einen der Geldentwertung angemessenen anständigen Lohn zu zahlen. Ein Arbeitgeber, der nicht fähig ist, seine Arbeiter berufsfähig zu erhalten, verzieht um Rechtsmengen diese Wirtschaftsvorzugsstellung. Wir fordern ferner die Vertreter der Arbeitgeber auf, bei den Tarifverhandlungen, die sich infolge der Geldentwertung fortgesetzt wiederholen müssen, großzügig zu handeln, damit die Tarifverträge-Verhandlungen eine schnelle und glatte Friedigung finden. Die Tarifverhandlungen müssen in Zukunft von einem erdärmlichen Feilschen um Kleinigkeiten ferngehalten werden. Vertrauen gegen Vertrauen fördert den Berufsfrieden und bewahrt unser Volk vor Nahrungsnot.

Wenn die Witterung während der Ernte und im Herbst sich günstig gestaltet und die landwirtschaftliche Arbeit von wilden Betriebsstörungen und politischen Unruhen verschont bleibt, wird der Ernterfolg in diesem Jahre, Gott sei Dank, ein reichlicher sein. Die düsteren Ernährungsorgen können also verdrängt werden, wenn alle Beteiligten wollen. Die Zeit ist bittererent und sorgenvoll. Tue jeder seine Pflicht, das sind wir alle unseren Volksgenossen an Rhein, Ruhr und an der Saar und in den Städten schuldig.

Ihr landwirtschaftlichen Arbeitgeber, achtet Euren Arbeiter anständigen Lohn! Ihr Landarbeiter, bewahrt der Landwirtschaft, der Mutter der Volksernährung, den Berufsfrieden!

Wichtigste Ereignisse und nicht zu übersehen! Bismarck-Jubiläum! Bismarck-Jubiläum! Bismarck-Jubiläum!